

**Zeitschrift:** ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

**Herausgeber:** Schweizerische Offiziersgesellschaft

**Band:** 158 (1992)

**Heft:** 2

**Rubrik:** Internationale Nachrichten

#### Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 13.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Osterreich

### 120 000 Mann – Neue Heeresstärke für das Bundesheer

Verteidigungsminister Fasslabend informierte gegen Ende des letzten Jahres die Öffentlichkeit, dass der zukünftige Mobilmachungsrahmen des Bundesheeres auf 120 000 Mann – ausgenommen Personalreserven – festgelegt wird. Dies sei das Ergebnis der Verhandlungen zwischen den Regierungspartnern SPÖ und ÖVP.

Angesichts des völlig geänderten Bedrohungsbildes in Europa sei es nötig geworden, die Grundstruktur des Heeres zu ändern. War es bisher als Ergebnis der Ost-West-Konfrontation die «Raumverteidigung» mit den Hauptvarianten «Kampf aus Raumsicherungs- und Schlüsselzonen» und als «kleine» Möglichkeit der «räumlich begrenzte Abwehrkampf», so soll künftig das Schwergewicht beim «Sicherungseinsatz» an der Staatsgrenze oder in der Tiefe des eigenen Raumes liegen. Allerdings dürfte die populäre Bezeichnung dafür «Grenzschatz» sein.

Vor allem lokalen Konflikten im Südosten, Nordosten oder Osten Österreichs soll damit begegnet werden können. Auch allen anderen realen Bedrohungsformen glaubt man dadurch gerecht werden zu können, erklärte der österreichische Verteidigungsminister.

General Karl Majcen, als Generaltruppeninspektor des Bundesheeres auch der engste militärische Berater des Ministers, bestätigte die fachlichen Grundlagen der getroffenen Entscheidung. Er wies darauf hin, dass der reine «Verteidigungsfall», der früher im Mittelpunkt der Überlegungen gestanden ist, auszuschließen sei: Die grösste wahrscheinlich zu bewältigende Aufgabe für das Bundesheer ist nunmehr ein flächendeckender Sicherungseinsatz und die Verteidigung unserer Grenzen zu den Nachbarstaaten mit allfälligen Mischformen dazwischen.

Allerdings machte der General deutlich, dass man in Österreich gelernt habe, nur politisch Mögliches anzustreben. Die Reform erfolge nämlich auch unter der Zielsetzung, dass man eine Heeresorganisation haben soll, die von den fi-

nanziellen, personellen und materiellen Ressourcen machbar und durchführbar sei. Man müsse vermeiden, dass «man mit halben Mitteln auf halbem Weg stehen bleibe und nachher in kürzester Zeit wieder Eingriffe machen müsse.» Gerade hier dürfte die Erkenntnis des Generals durchklingen, die man seit 1970 bei dem Versuch, ein 300 000-Mann-Heer auszubauen, gewonnen hat. Selbstverständlich würden in der neuen Heeresorganisation auch Elemente enthalten sein, die eine Ausbaufähigkeit bei einer sich rasch veränderten internationalen Lage in Richtung anderer Bedrohungsformen gewährleiste.

Der bisherige Umfang der mobilgemachten Armee war in den siebziger Jahren mit etwa 300 000 Mann festgesetzt worden. Allerdings blieben stets die Mittel für diesen Ausbau hinter dem Bedarf zurück, so dass Ende der achtziger Jahre nur etwa 220 000 Soldaten für eine Mobilmachung bereitstanden. Davon waren etwa 8000 (anstatt wie beabsichtigt 15 000) Mann der Bereitschaftstruppe (Panzer-, Panzergrenadier-, Panzerartillerie- und Flieger sowie teilweise Fliegerabwehrkräfte und anderes mehr). Der Rest war die «Miliz» mit acht mobilen Jägerbrigaden und den raumgebundenen Landwehrtruppen (Sperrverbände, Jagdkampfkräfte und Sicherungstruppen) sowie Versorgungs-, Führungs- und Unterstützungslementen.

Binnen dreier Jahre soll nun der 1992 beginnende Umbau abgeschlossen sein. Aufgrund der «Jugoslawien-Krise» im vergangenen Jahr reifte die Erkenntnis, dass die politische Führung eine Mobilmachung der Milizverbände aus verschiedenen Gründen scheut, man aber binnen kürzester Zeit einsatzbereite Truppen an der Grenze benötigt.

So soll nun ein Verband von 10 000 Mann an präsenten, rasch verfügbaren Kräften (Kaderpersonal und Grundwehrdienner) aufgebaut werden, das zusätzlich mit 5000 Mann an schnell verfügbaren Miliz-Grenzschutzverbänden verstärkt werden kann. Deren rasche Aufbietung soll durch neue logistische Massnahmen sichergestellt werden. Eine Mobilmachung soll damit umgangen werden.

Grundsätzlich bleibt man in Österreich bei der allgemeinen Wehrpflicht. Um die vorgesehenen Bestände zu gewährleisten, muss der Anteil an Zeitsoldaten stark erhöht werden. Bei den Wehrpflichtigen will man die Präsenzstärke dadurch anheben, dass man zu den sechs Monaten des Grundwehrdienstes – je nach militärischen Erfordernissen – unmittelbar daran anschliessend ein oder zwei Monate Truppenübungen anhängt. Bei einem insgesamt sieben Monate dauernden Dienst müsste der verbleibende Monat an Truppenübungen innerhalb der nächsten zehn Jahre (bisher bis zum 45. Lebensjahr) abgeleistet werden. Bei dieser zehnjährigen «Beorderung» soll sich der vorgesehene Mobilmachungsumfang von 120 000 Mann ergeben.

Da wegen der um 40% gesunkenen Gesamtstärke natürlich auch die Friedensorganisation berührt wird, steht nun auch deren Neuordnung im kommenden Frühjahr bevor.

Durch Einsparungen bei den Personalkosten sollen Mittel für bessere Bewaffnung und Ausrüstung (Lenkwaffen, Kampfhubschrauber, Radenschützenpanzer, Lufttransportkapazität usw.) frei werden.

Diese Überlegungen könnten aber in der Praxis auf grössere Schwierigkeiten stossen: Schon bisher hat das Bundesheer zu wenig Zeitsoldaten gewinnen können. Die Bezahlung und die Rahmenbedingungen dafür waren einfach zu schlecht. So konnte man bisher die gesetzlich geforderte Bereitschaftstruppe in der Stärke von 15 000 Mann (Berufs-, Zeitsoldaten und Grundwehrdienner, die acht Monate zu dienen hatten) nicht in vollem Umfang aufstellen. Das stellte auch der Jugoslawieneinsatz im Sommer 1991 unter Beweis, wo man notdürftig Verbände bunt zusammenstückte und in Marsch setzte.

Ferner dürfte das neue im

Stadium der Beschlussung befindliche Zivildienstgesetz dafür sorgen, dass die Kasernen ziemlich leer sein werden. Denn, wenn es faktisch eine gleich lange Zeit für beide Dienste (Wehr- und Zivildienst) geben wird, also die Wahlfreiheit zwischen beiden besteht – und die Neuregelung dürfte dies gestatten –, dann steht außer Frage, dass sich viele junge Bürger für den bequemeren und risikoloseren Weg entscheiden werden.

Da gleichzeitig die geburtschwachen Jahrgänge ab 1992 heranstehen und das Problem der «Systemhalter» – also jener Soldaten, die mangels zivilem Personal in Schreibstuben, Küchen, Werkstätten und Wachlokalen Dienst versehen müssen und damit der kämpfenden Truppe weitere Kräfte entzogen werden – nicht gelöst worden ist, befürchten viele, dass die Pläne des Verteidigungsministers nicht aufgehen könnten.

Da man darüber hinaus den Anteil des Verteidigungsbudgets für 1992 von bisher etwa 1% auf 0,89% des Bruttoinlandprodukts zu senken beabsichtigt, scheint die Reform auf eine schiefe Ebene zu geraten. Fest steht, dass Österreich in Zukunft noch weniger Geld in seine Verteidigung investieren will als bisher.

Es bleibt weiterhin in dieser Hinsicht Schlusslicht bei der Liste der Nationen in Europa. Dieser Zwang dürfte dazu geführt haben, dass man nun nur das Allernotwendigste aufbieten, dafür aber mit den erforderlichen modernen Mitteln ausstatten möchte. Im Hintergrund manchen Denkens dürfte man vielleicht sogar mit den Bedingungen, die ein EG-Beitritt mit sich bringen könnte, spekulieren. Ob die neuen Pläne dem Land allerdings mehr Sicherheit bringen werden, das wird die Zukunft zeigen. Dem internationalen Standard von Neutralen dürfte das kaum entsprechen.

TPB

## Deutschland

### Patriot-Modernisierung in Frage gestellt

Im Gegensatz zu den im Golfkrieg verwendeten Typen sind die deutschen Patriot-Systeme nur für die Abwehr von Luftfahrzeugen konzipiert.

Bisher wurde im Führungsstab der Luftwaffe noch nicht entschieden, wie weit diese Systeme auch für die Abwehr von Flugkörpern einsatztauglich gemacht werden sollen. Die US-Streitkräfte sind gegenwärtig daran, auf der Grundla-

ge der Erfahrungen aus dem letzten Golfkrieg eine Reihe von Verbesserungsmassnahmen vorzunehmen. Dabei werden insbesondere Modifikationen zur Abwehrfähigkeit gegenüber konventionellen aerodynamischen und taktisch ballistischen Lenkflugkörpern angestrebt.

Die deutsche Luftwaffe verfügt heute über 28 Feuerseinheiten Patriot und betreibt

dazu noch 12 weitere, die sich in US-Eigentum befinden. Gemäß einer kürzlich erfolgten Mitteilung aus dem Bundesministerium für Verteidigung soll weiter überprüft werden, ob überhaupt und wie weit das US-Verbesserungsprogramm übernommen werden soll. Wahrscheinlich werden vorerst weitere Entscheidungen bezüglich Rüstungsprojekt «Jäger 90» abgewartet. hg



Bei den laufenden Rüstungsbeschaffungen für das französische Heer hat der Kampfpanzer Leclerc erste Priorität.

## Frankreich

### Verteidigungsbudget 1992

Das im letzten Herbst verschiedene französische Verteidigungsbudget 1992 beträgt rund 195 Mrd. fFr. (rund 50 Mrd. SFr.) gegenüber 194,55 Mrd. fFr. im Jahr zuvor. Damit muss auch Frankreich eine reale Einbusse von rund 4% bei den Verteidigungsausgaben hinnehmen. Das sind nur noch 3,25% des BIP gegenüber noch 3,9% vor zehn Jahren. Die Ausgabenverteilung für 1992 sieht wie folgt aus:

- 92,339 Mrd. fFr. für Personal- und Betriebskosten,
- 103,148 Mrd. fFr. für Beschaffungskosten und Investitionen.

Im letzten Herbst hat das vorgelegte Verteidigungsbudget in der französischen Nationalversammlung zu heftigen Auseinandersetzungen geführt. Denn insbesondere das veranschlagte Beschaffungsvolumen wurde um mehr als 7 Mrd. gekürzt, was bei den Militärs zu heftigen Reaktionen führte. Der Kdt der 4. Militärregion, General Salvan, hat aus Protest gegen die Kürzungen auf dem Buckel der Armee sogar seinen Abschied genommen. Nach den derzeitigen Planungen sollen in diesem Jahr 3500 Posten von Kadersoldaten sowie mindestens 17 000 Stellen von Wehrpflichtigen gestrichen werden, wogegen für die Gendarmerie ein Zuwachs von 1000 Mann geplant ist. Beim Zivilpersonal sollen in nächster Zeit mindestens 3000 Stellen abgebaut werden.

Das Heer soll von derzeit 285 000 Mann in den nächsten 5 Jahren eine Verringerung von 70 000 Mann erfahren. Diese Reduktionen werden vor allem durch die Rückverlegung des II. Armeekorps bewirkt. Nach der Auflösung der 3. Panzerdi-

vision im letzten Jahr soll 1992 die 5. Panzerdivision verschwinden. Gleichzeitig werden auch verschiedene selbständige Bataillone aufgelöst. Dies sind die ersten Realisierungsschritte im Hinblick auf die Umstrukturierungen und Neudislozierungen für den sogenannten «Streitkräfteplan 2000». Geplant ist auch die Schaffung zweier unabhängiger Kdo auf oberster Führungsebene der Streitkräfte:

- für Operationen in Europa mit Verbänden, die eng mit anderen europäischen Truppen zusammenarbeiten,
- für Einsätze in «Übersee», bestehend aus Teilen der Luftwaffe, Marine und des Heeres.

Im Bereich der Rüstungsbeschaffungen konzentriert man sich auf drei Programme:

- Entwicklung des atomgetriebenen Flugzeugträgers;
- Produktion des Kampfpanzers Leclerc und
- Einführung des Mehrzweck-Kampfflugzeuges Rafale.

Daneben wurde eine Reihe wichtiger Rüstungsprogramme entweder bereits annulliert und vorderhand hinausgeschoben. So zog sich Frankreich vom europäischen Heliokopterprojekt NH-90 mindestens vorübergehend zurück.

Gestrichen wurde im weiteren die Beschaffung von 1500 schweren Geländelastwagen (Typen Peugeot und TRM 2000 von Renault).

Verzichtet wird auch auf die neue strategische Atomrakete S-45, die als Ersatz für die auf dem Plateau d'Albion siloerstützten, veralteten S-3 gedacht war. Davon betroffen ist insbesondere die Firma Aérospatiale. Ursprünglich war die Beschaffung von 30 solcher Systeme im Wert von 30 Mrd. fFr. geplant gewesen. Anstelle der nun annullierten Boden-Boden-Systeme will man die Ent-



Frankreich will anstelle landgestützter, vermehrt U-Boot-gestützte Atomwaffen einführen.

wicklung der schiffsgestützten Atomlenkwaffen M-5, die auf den neuen nuklearbetriebenen U-Booten vorgesehen sind, forcieren. Die Einführung der M-5 dürfte aber erst ab 1995 möglich sein. Die künftigen Installationen auf dem Plateau d'Albion sollen ab ca. 1995 vom Heer übernommen werden.

Im letzten Herbst war mit der Einführung der taktischen Nuklearwaffensysteme Hadès (Ablösung der Pluton) begonnen worden. Bis Ende letzten Jahres wurden insgesamt 20 der neuen Systeme ausgeliefert, aber auf einen Regierungsbeschluss hin nicht den Artillerieverbänden zugeführt, sondern vorderhand in Lagerstätten deponiert. An einen Stopp des Hadèsprogramms denkt Frankreich noch nicht, doch ist die Beschaffungszahl gekürzt worden. Trotz der amerikanischen und sowjetischen Ankündigungen, die taktischen Nuklearwaffen zu beseitigen, hält Frankreich – mit gewissen Abstrichen – weiterhin an seinem atomaren Potential fest. Man verweist insbesonders auf die möglichen Risiken und Gefahren, die aus dem noch vorhandenen sowjetischen A-Waffenpotential ausgehen könnten und will sich für eine Konferenz über Sicherheit der Nuklearwaffen in Europa einsetzen. hg

## USA

### Die US-Streitkräfte in den Jahren 1995–2000

Der «Joint Military Net Assessment Report 1991», den kürzlich der Vizepräsident der Vereinigten Stabschefs der

USA vorgestellt hat, sieht für die Streitkräfte in der letzten Periode dieses Jahrhunderts folgendes vor:

#### Militärstrategie

- Starke und dauernde nukleare Abschreckung.



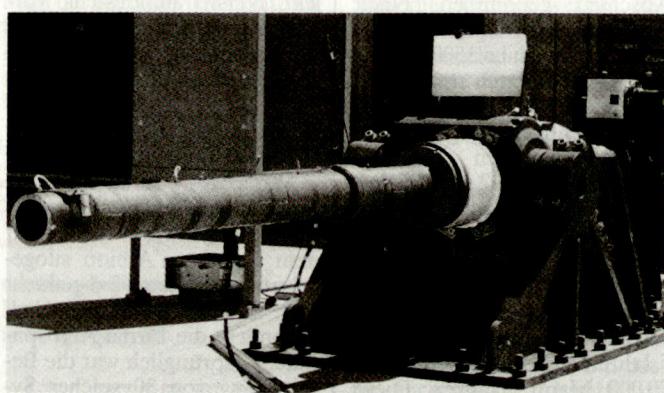
**Die taktischen Atomwaffen, u.a. auch die in Europa stationierten Lance-Systeme (Bild), sollen ausser Dienst gestellt werden.**

Armee bekanntgegeben. Im sogenannten ASM-Programm (Armored-System-Modernization-Programm) ist die Entwicklung einer Serie von sechs verschiedenen Fahrzeugen definiert. Dieses Programm stützt sich auf den Gedanken der Panzerfamilien, d.h. auf einem gemeinsamen Kettenfahrgestell sollen Panzer mit verschiedenen Aufbauten für unterschiedliche Kampfaufgaben stehen. Ursprünglich war vorgesehen, alle Modelle gleichzeitig zu entwickeln. Auf Weisung des US-Verteidigungsministeriums wird nun aber die eigentliche Kampfpanzerentwicklung (Block-III-Panzer) vorgezogen, weil ab ca. 2001 die Ablösung der M1-Panzer vorgesehen ist.

Von den erwähnten sechs Kampffahrzeugen sollen vier mit einer stark gepanzerten Wanne konstruiert werden. Neben dem Block-III-Panzer sind dies eine neue Panzerhaubitze (Advanced Artillery System), ein Minenräumpanzer (Combat Mobility Vehicle) und ein Kampfschützenpanzer (Future Infantry Fighting Vehicle). Die restlichen beiden Fahrzeuge, ein Panzerjäger mit PAL und ein MunitionsversorgungsPanzer, sollen nur leicht gepanzert sein.

Drei Rüstungskonzerne, General Dynamics, General Motors und Teledyne Continental Motors sind daran, bis 1994 Fahrgestelle und Wannen für den neuen Kampfpanzer zu entwickeln. Wegen der veränderten Bedrohung liegen die Schwerpunkte bei dieser Panzerentwicklung in den Bereichen Mobilität und Schutz. Um die geforderte taktische Beweglichkeit zu gewährleisten, sollen Grösse und Gewicht gegenüber den heutigen westlichen Panzern reduziert werden.

Bt



**Elektromagnetische Kanone im Versuchsstadium. Vorgesehen ist der Einbau solcher Hochleistungskanonen auch in zukünftigen Kampfpanzern.**

– Präsenz am Boden mit weiteren, allerdings reduzierten Stationierungen.

– Fähigkeit, auf Krisen zu reagieren und Kräfte überall hin rasch verlegen zu können.

– Fähigkeit, militärisch und industriell stärker zu werden.

#### Umfang der Streitkräfte

– **Verteidigungsbudget:** Soll von 6 auf weniger als 4% des BSP reduziert werden.

– **Nuklearstreitkräfte:** Atom-U-Boote mit A-Waffen sollen von 32 auf 18, landgestützte Interkontinentalraketen von 1000 auf 550, Zahl der strategischen Bomber von 268 auf 181 reduziert werden.

– **Landstreitkräfte:** Werden von 732 000 auf 536 000 Mann reduziert. Nur noch 12 (statt 18) aktive Divisionen und 6 (statt 10) Reserve-Divisionen. Marine-Corps von 200 000 auf 175 000 Mann verringert.

– **Marine:** 450 (statt 530) Einheiten, wovon 11, evtl. nur noch 8 (statt 15) Flugzeugträger.

– **Luftwaffe:** 26 (statt bisher 36) Kampfgeschwader; Zunahme bei den Transportmitteln.

#### Organisation

I. **Strategische Nuklearstreitkräfte:** Die bisherige Organisationsstruktur soll beibehalten werden.

## Kanada

### Restrukturierung der Streitkräfte

Auch Kanada will die Zahl seiner aktiven Truppen in nächster Zukunft von 84 000 auf 76 000 Mann reduzieren und im Gegenzug den Umfang der Reservisten und Mobilmachungsangehörigen von 44 000 auf 65 000 anheben. Den Streitkräften stehen ausserdem zirka 32 000 Zivilisten zur Verfügung.

Die Marine muss auch weiterhin die Heimatgewässer kontrollieren und überwachen können. Für diese Aufgabe sind je eine Luft-, Wasser- und Unterwasserkomponente aufrecht zu erhalten. Damit zukünftig mehr Patrouillen in der Arktis durchgeführt werden können, sind die Mittel flexibler einzusetzen. Verringert hat sich für die Marine hingegen der Schutz der Seewege. Reservisten sollen vermehrt schon in Friedenszeiten im Patrouillendienst eingesetzt werden.

Die neue Struktur des Heeres ist auf Flexibilität und Mobilität ausgerichtet. Die Landstreitkräfte werden auch weiterhin eine Task Force von 1100 Mann in Europa bereithalten sowie die Möglichkeit bieten, der ACE-Eingreiftruppe ein

Bataillon zur Verfügung zu stellen. Man will auch in der Lage sein, kurzfristig eine Brigadekampfgruppe bilden zu können sowie an friedenssichernden UNO-Aktionen teilzunehmen.

An Grossen Verbänden gibt es 3 Brigade-Kampfgruppen mit je 3 Füs Bat, 1 Mech Rgt, 1 Art Rgt, 1 G Rgt, Vsg Fo. Diese sollen im Westen des Landes, in den Regionen Ontario und Quebec, stationiert werden.

Aufgabe der **Luftwaffe** ist die Verteidigung und die Überwachung des Luftraumes über Kanada, eine Patrouillentätigkeit entlang der Küsten und auf See, eine grössere Versorgungskapazität in der Luft, eine angemessene Lufttransportkapazität auch ausserhalb des Mutterlandes sowie die Fähigkeit, zwei CF-18 Squadrons überall auf der Welt einzusetzen zu können.

Vorgesehen sind: 4 CF-18 Squadrons, 1 OCU-Einheit (Einsatzausbildung), 1 Jägerausbildungsstaffel, 2 gemischte Squadrons für EKF (je 1 pro Küste), 3 Squadrons für taktische Transporte, 1 Ausbildungssquadron und zwei taktische Verbände mit den 41 Transport-Helikoptern sowie 40 zu beschaffenden Helikoptern. Bt

«Alternative Produkte» ist ein oft gebrauchtes Schlagwort in der Diskussion um Konversion. Ausgehend vom Ziel der Abrüstung und in der Annahme, dass Rüstungsarbeitsplätze sicherer seien als der Aufbau neuer ziviler Arbeitsplätze, soll die Wehrmaterialproduktion abgebaut und stattdessen die Produktion alternativer, zivil genutzter Güter aufgenommen werden. In den Oststaaten, so auch in der CSFR, wird immer häufiger die verantwortliche Beteiligung des Staates an dieser Konversion betont.

In der Tschechoslowakei existierte früher eine umfangreiche Rüstungsindustrie, die vor allem auf dem Gebiete der Slowakei beheimatet ist. In diesem Gebiet waren etwa 70 000 Leute in solchen Betrieben beschäftigt. Die Rüstungsindustrie nahm in den achtziger Jahren im Rahmen der Gesamtindustrie eine bedeutende Rolle ein. Noch in den Jahren 1988 bis 1990 dürften in diesem Industriezweig (inkl. Zulieferbetriebe) über 200 000 Leute beschäftigt gewesen sein. Im Jahre 1988 war die CSFR der siebentgrösste Waffenproduzent der Welt. Wichtigste Rüstungsprodukte waren:

- *Gepanzerte Fahrzeuge*; Kampfpanzer und Schützenpanzer aus den Martin-Werken und von ZTS in Dubnica.
- *Artilleriewaffen und -geräte* aus den Werken in Dubnica und Trenčín.
- *Geländelastwagen und Personenwagen* der Firmen Tatra, Praga und Skoda.
- *Elektronikkomponenten* von Tesla.
- *Flugzeugwerke*, die in Vodochody (Nähe Prag) und Kunovice beheimatet sind.

In früheren Zeiten wurde die Rüstungsplanung innerhalb des nun aufgelösten WAPA durch den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe koordiniert. Dieser legte auch fest, was in den einzelnen Ländern zu produzieren war. In den achtziger Jahren kam es jedoch zu einer weitgehenden Autonomie der Rüstungsproduktion in den einzelnen Paktstaaten. So war u.a. auch die CSFR immer stärker an Lieferungen in die Länder der Dritten Welt (insbesondere nach Libyen, Syrien, Irak, Jemen, Kuba und Algerien) beteiligt. Daneben wurde auch Wehrmaterial an die anderen Partnerstaaten (vor allem UdSSR, Polen und Ungarn) verkauft.

Gegenwärtig befindet sich die Waffenproduktion in der

Tschechoslowakei in einer echten Krise. Zunächst waren aus den verschiedensten Gründen die wichtigsten früheren Märkte ausgefallen. Der Irak als grösster früherer Abnehmer ist als Importeur ausgefallen. Die lateinamerikanischen Staaten und auch gewisse Länder aus dem Mittleren Osten, die fallweise Ostblockwaffen einkauften, wollen nicht zuletzt wegen dem Golfkrieg auf westliche Waffen und Systeme umstellen. Nordkorea, China und Indien treten vermehrt als eigene Produzenten von Rüstungsmaterial auf und drängen mit sogenannten «Billigwaffen» auf den internationalen Markt.

Die Regierung der Slowakei hatte vor einiger Zeit die Absicht, mit einem umfangreichen Programm die Rüstungsindustrie auf zivile Produktionen umzustellen. Unterdessen wurden diese Planungen infolge hoher Kosten und unabsehbarer sozialer Folgen abgesagt. Im Zusammenhang mit einer Verfassungskrise wurden darauf die Kompetenzen der Teilstaaten wieder neu verteilt und der Bereich der Rüstungsindustrie der Regierung in Bratislava zuerkannt. Gegenwärtig wird in den meisten Betrieben mit allerdings z.T. stark reduziertem Ausstoss weiterhin Rüstungsmaterial produziert. Das für Investitionen in die Umstellung auf zivile Produktion benötigte Geld ist nicht vorhanden. Die gemäss Prager Regierung vorgeschlagene Konversion in der Rüstungsindustrie wäre immer noch mit massiven Entlassungen verbunden. Dieses Programm scheint daher in der heutigen Zeit aus politischen und wirtschaftlichen Gründen nicht durchführbar zu sein. Wie die Lieferungen von Kampfpanzern an Syrien und den Iran Ende des letzten Jahres gezeigt haben, wird die CSFR auch künftig gezwungenermassen dem Rüstungsexport treu bleiben.

hg ■

## Tschechoslowakei

### Probleme bei der Rüstungskonversion

Eine allgemein gültige Definition des Begriffs «Konver-

sion» gibt es nicht. Trotzdem wird dieser Begriff insbesondere im Zusammenhang mit der Abrüstung, d.h. der Reduktion von Waffen- und Gerätensystemen, ins Feld geführt.



Produkt der tschechoslowakischen Rüstungsindustrie – Selbstfahrkanone 152 mm M77 DANA auf TATRA-Fahrgestell.